

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigerpreise: Die Jahresspaltenspreise für Anzeigen aus Rußland und Ungarn 20 Goldmarken, aus dem übrigen Ausland 25 Goldmarken, inländische Anzeigen 15 Goldmarken, sonstige Anzeigen 10 Goldmarken.

Telegraphische Anzeigerpreise: Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postamt-Nr. 1449

Nr. 146

Mittwoch, den 25. Juni 1924

19. Jahrgang

### Der Stein des Anstoßes.

Von unserm Berliner Mitarbeiter.

Es muß uns in Deutschland zu denken geben, daß bei der Unterredung in Chequers die Uebereinstimmung in den Anschauungen des englischen Premierministers und seines französischen Kollegen nirgends soweit ging, wie in der Frage der Abrüstung Deutschlands. Gerade MacDonald ist es gewesen, der den Vorschlag gemacht hat, die deutsche Regierung noch einmal in einer besonderen Note zur Erfüllung der Forderungen der Alliierten auf diesem Gebiete zu mahnen. So schmerzhaft diese Erfahrung für uns ist, so kann sie doch den nicht überraschen, der die Dinge betrachtet, wie sie sind. Unsere unbefriedigten nationalpolitischen Schwärmer, die die Bedürfnisse und Interessen Englands offenbar besser kennen als die Engländer selbst, bauen ja ihre Politik bloß auf der Annahme auf, daß England aus seinem eigenen Interesse heraus ein starkes Deutschland als Gegenüber Frankreich auf dem Kontinent wünschen müsse. Leider zeigt sich in der praktischen Politik Englands aber keinerlei Beweis dafür, daß diese Auffassung auch von den Engländern selbst geteilt wird. Im Gegenteil, wir müssen feststellen, daß gerade in der Frage der deutschen Rüstungen alle Parteien Englands die gleiche Auffassung vertreten. Ganz England ist sich darüber einig, daß die Abrüstung Deutschlands gemäß dem Versailler Vertrag reiflos durchgeführt werden müsse und die Presse aller Parteien wetteifert in der Bekämpfung der angeblichen Revanchepäne der deutschen Nationalisten. Wenn der englische Premierminister es also jetzt für erforderlich hält, auf Deutschland einen starken Druck auszuüben, um es zur Annahme der Forderungen der Alliierten in der Abrüstungsfrage zu nötigen, so kann er dabei darauf rechnen, das gesamte englische Volk hinter sich zu haben. Der englische Premierminister ist ja sogar noch weiter gegangen und hat dem französischen Ministerpräsidenten nach dessen Erklärung die formelle Versicherung gegeben, daß im Fall eines deutschen Anstreiches England sich wiederum an die Seite Frankreichs und Belgiens stellen würde. Der französische Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, daß damit die gleiche Lage hergestellt ist wie im Jahre 1914, wo ja ebenfalls kein fester Bündnisvertrag zwischen England und Frankreich, sondern nur ein „moralischer Pakt“ bestanden hat.

Es wäre auch verfehlt, etwa aus der schwachen innerpolitischen Stellung MacDonalds Hoffnungen für eine Verringerung der englischen Politik in diesem Punkt zu ziehen. Das Arbeiterkabinett ist ja am vergangenen Montag vom Unterhaus zum fünften Mal in die Minorität gebracht worden. Trotzdem denkt MacDonald nicht an einen Rücktritt und auch die Opposition beachtet nicht, das Kabinett der Arbeiterpartei gegenüber zu stürzen. Der Grund hierfür liegt in der Tatsache, daß Regierung wie Opposition die auswärtige Politik für das Wichtigste halten und daß die Opposition gewillt ist, MacDonald für seine auswärtige Politik vollkommen freie Hand zu lassen. Die Abrüstungsfrage aber ist einer der Hauptpunkte in dem Programm des englischen Premierministers. Die Reden über die lärmende Agitation der deutschen Nationalisten, über die „Deutschen Tage“ mit ihren Parolen und ihrem Revanchegeschrei und über angebliche geheime Rüstungen haben auf den englischen Premierminister einen solchen Eindruck gemacht, daß er es für notwendig gehalten hat, die deutsche Regierung und die deutsche Öffentlichkeit noch einmal auf die Auffassungen und Forderungen Englands hinzuweisen. Die Demütigung, die darin für Deutschland liegt, haben wir denen zu verdanken, die ihr Nationalgefühl nur durch lärmende Kundgebungen und trübseliges Nachgeschrei zu befriedigen vermögen. Der englische Premierminister ist in diesem Punkte umso empfindlicher, als die Abrüstung Deutschlands für ihn nur der erste Schritt zur allgemeinen Abrüstung ist, von der er auch England nicht auszuschließen beabsichtigt. Er befindet sich in diesem Punkte in Uebereinstimmung mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot, der ebenfalls eine Verminderung der französischen Rüstungen plant, um dadurch den Ausgleich des französischen Staatshaushalts herzustellen.

Das ist in großen Zügen die politische Lage der deutschen Regierung in dem Augenblick gegenübersteht, wo sie sich über die Beantwortung der Ententnote in der Frage der Abrüstung schlüssig werden muß. Es gibt wohl niemanden in Deutschland, abgesehen von einigen vollständig verbohrteten Nazifisten, der die Regierung in dieser Lage beneidet. Gerade vom demokratischen Standpunkt des Selbstbestimmungsrechts der Völker aus muß man die Schnäffeleien fremder Militärs in Angelegenheiten, die jede Nation als ihre Ehrensache betrachtet, als peinlich und widerwärtig bezeichnen. Es ist ja nicht so, wie es die Gegner der Demokratie oft

hinzustellen beliebt, daß man auf demokratischer Seite aus einem weltfremden Harmoniebüßel heraus nichts Schnöcheres wünschen, als Deutschland vollständig in Waffen zu sehen. Das Gegenteil ist richtig. Die allgemeine Wehrpflicht ist ein demokratischer Gedanke und nur die Entstellung dieses Gedankens durch aristokratische Privilegien und durch einen stumpfen Kommissgeist sind es gewesen, die den Zusammenbruch unseres auf der allgemeinen Wehrpflicht aufgebauten alten Heeres von 1918 verschuldet haben. Man darf in diesem Zusammenhang wohl auch auf die großen Verdienste hinweisen, die gerade ein demokratischer Führer, der Reichswehrminister Dr. Geßler, sich um den Wiederaufbau der deutschen Wehrmacht erworben hat und die auch von deutschnationaler Seite nicht bestritten werden können und auch nicht bestritten werden können.

In diesem Augenblick handelt es sich aber nicht um die Verwirklichung von Grundwünschen, sondern um praktische Politik. Verursacht durch die trübsamen und unheimlichen Demonstrationen der Nationalisten herrscht nun einmal in der Welt das Vorurteil, daß Deutschland im geheimen zum Machekrieg rüste. Daß diese Beschuldigungen unrichtig sind, haben die Mitglieber der Reichsregierung zu wiederholten Malen betont. Wir haben also nichts zu verbergen und da diese Frage nun einmal das schwerste Hindernis für die Befriedigung Europas mit Hilfe des Sachverständigenausschusses ist, wird die Reichsregierung wohl kaum umhin können, den Wünschen der Alliierten auf eine letzte Kontrolle des deutschen Rüstungsstandes nachzukommen.

### Die neue Militär-Kontrollnote.

Der englische Botschafter und der französische Geschäftsträger haben dem Reichskanzler am Dienstag nachmittag die in der Presse bereits angekündigte Note überreicht. Die in deutscher Uebersetzung lautet:

Chequers, 22. Juni 1924.  
Wir wünschen uns in einer Frage, die unseren beiden Regierungen ernste Sorge bereitet, unmittelbar an Eure Excellenz zu wenden. Wir haben nicht ohne große Besorgnis erfahren, daß die deutsche Regierung vielleicht die Absicht haben könnte, auf die kürzlich wegen der Militärkontrolle in Deutschland an ihren Botschafter in Paris gerichtete Note keine zustimmende Antwort zu geben. Gleichzeitig erhalten wir die beunruhigenden Berichte über die unausgesetzte und zunehmende Aktivität der nationalpolitischen und militaristischen Organisationen, die mehr oder weniger offenen militärischen Vorbereitungen treffen, um in Mitteleuropa neue bewaffnete Konflikte herbeizuführen. Diese Berichte sind zu zahlreich und zu substantiell, als daß man sie vernachlässigen könnte. Sie führen dazu, die öffentliche Meinung in einer Besorgnis zu bestärken, die unvermeidlich die Haltung der beiden Regierungen beeinflussen muß. Wir sind sicher, daß die deutsche Regierung, falls diese Berichte unbegründet sind, nicht nur ihre eigentlichen Interessen wahren, sondern auch ganz Europa einen großen Dienst erweisen würde, wenn sie an einer Untersuchung mitwirkt, die so durchgeführt wird, daß sie Versprachnisse vor geheimen militärischen Vorbereitungen gerestreut. Wir können der deutschen Regierung nicht verbergen, und wir halten es für gut, sie davon zu verständigen, daß jeder neue Vorstoß gegen die lokale und genaue Durchführung der Verpflichtungen aus Teil 5 des Vertrages von Versailles die internationale Lage gerade in einem Augenblick schwer belasten würde, in dem die Aussicht auf schnellste Intraffierung des Dawesberichtes in allen beteiligten Ländern die Hoffnungen auf die endgültige Regelung der Reparationsfrage, der nur allgemeine und wirkliche Befriedigung die Wege ebnen sollen, aufkommen läßt. Wir bitten daher die deutsche Regierung, diese Befriedigung zu erleichtern und zu diesem Zwecke zunächst mit Nachdruck und gutem Willen an der Bewirklichung der rechtmäßigen Forderungen der Militärkontrollkommission mitzuwirken. Es wäre im eigenen Interesse der deutschen Regierung, wenn die genaue Lage in bezug auf die Entwaflung in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Vertrages festgestellt würde. Wenn sie die Alliierten von der Aufrichtigkeit ihrer Haltung überzeugen wolle, so müsse sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, einen Beweis hierfür zu geben, indem sie die Kontrollkommission bei der Feststellung der Tatsachen unterstützt. Wir appellieren an Eure Excellenz, weil wir keine Gelegenheit verfluchen möchten, um eine Ursache erster Schwierigkeiten zwischen unseren Regierungen zu beseitigen. Frankreich und Großbritannien haben keineswegs das Bestreben, der deutschen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten oder die Kontrolle über das Maß des Notwendigen hinaus zu verlängern. Im Gegenteil, sie nehmen die Zurückziehung der Kommission für einen möglichst

nahen Zeitpunkt in Aussicht. Sie wünschen lebhaft den Mechanismus der Kontrollkommission durch das in Artikel 213 des Vertrages dem Völkerbundsrat übertragene Untersuchungsrecht ersetzt zu sehen, sobald sie in bezug auf die verschiedenen Punkte, die die Alliierten Regierungen bezeichnet haben, Genugtuung erhalten haben. Sie verlangen nur, daß man ihren berechtigten Besorgnissen Beruhigung zuteil werden läßt. Man kann nicht von ihnen verlangen, daß sie ihre Sicherheit durch Wegfall der Garantien gefährden lassen, die sie auf Grund des Versailler Vertrages in Händen haben. In diesem Geiste bringen wir erneut unsere aufrichtige Hoffnung zum Ausdruck, daß die deutsche Regierung auf die Note der Botschafterkonferenz die Antwort erteilt, die der Situation und den im Vertrage festgesetzten Verpflichtungen entspricht.

(ges.) Herriot.  
(ges.) Ramsay MacDonald.

Der Reichskanzler hat dem englischen Botschafter und dem französischen Geschäftsträger erklärt, daß er die Note zur Kenntnis des Reichskabinetts bringen werde. Die Alliierten würden rechtzeitig, d. h. bis zum 30. Juni, eine Antwort der deutschen Regierung erhalten.

Wenn auch die Note auf maßlos übertriebenen Berichten aus Deutschland beruhen mag und deshalb manche Behauptungen darin beinahe lächerlich sind, wenn auch die Kontrolle Deutschlands durch fremde Militärs zu den demütigendsten Dingen des Versailler Vertrags gehört: eins muß doch bezuglich der neuesten Note, der ersten aus den Händen Herriots und MacDonalds gesagt werden: Sie unterscheidet sich in ihrem Ton so außerordentlich von ihren Vorgängern, daß die Hoffnung auf den Anbruch einer neuen Zeit, einer Zeit wirklicher Verständigung verfehlt wird. Wenn Herriot in Paris geschrieben hätte, würde allerdings auch er den Ton kaum gefunden haben, weil, wie man sich leicht denken kann, auch in Frankreich die Nationalisten stark auf ihn einwirken und verhasst werden, ihn in ein anderes, den Poincarismus fortsetzendes Fahrwasser zu bringen. Die Zukunft wird lehren, ob er stark genug sein wird, sich und seinen Willen zur Befriedigung und Verständigung durchzusetzen.

### Wiederzusammentritt des Reichstages.

Berlin, 24. Juni. Der Reichstag trat heute wieder zusammen. Präsident Waltraf teilte bei Eröffnung der Sitzung mit, daß von der österreichischen Bundesregierung und vom österreichischen Nationalrat Dank schreiben anlässlich der Kundgebung des Reichstags zu dem Attentat auf Dr. Seipel eingegangen sind. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Wg. Stöcker (Komm.) einen Dringlichkeitsantrag auf Befestigung der neuen Verordnung gegen die Presse auf die Tagesordnung zu setzen, da diese Verordnung es bezwecke, die kommunistischen Blätter niederzuhalten. Der Antrag wird mit den entsprechenden Punkten der Tagesordnung verbunden.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Zunächst stehen zur Verhandlung Verträge mit Litauen und Estland über die Regelung der mit dem Weltkrieg zusammenhängenden Fragen und die Handelsverträge mit den gleichen Staaten. Die Vorlagen werden dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen. — Es folgt die Beratung des deutsch-polnischen Abkommens über den ober-schlesischen Grenzbezirk, der in zweiter Lesung angenommen wird. — Gemeinsam werden dann acht Anträge der Nationalsozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten die Straffreiheit für politische Straftaten und Freilassung von politischen Gefangenen fordern, zur Beratung gestellt. Wg. Graf Thüringen (Dn.) fragt an, warum Herr v. Jachow der nun schon zwei Jahre in der Festung Gollnow festgehalten wird. Immer noch nicht begnadigt sei. Wg. Sänker (Soz.) verlangt u. a. Wiederaufnahme der durch Urteile sächsischer Volksgerichte abgeschlossenen Strafverfahren. — Wg. Fehrenbach (Zentr.) behält sich die Stellungnahme seiner Fraktion für die Ausfühungsverhandlungen vor. — Wg. Schöler (Komm.) spricht von deutsch-polnischen Gesinn, die den Klassenkampf als jüdisch-marristische Masche betrachteten. Der weiße Justizterror müsse beseitigt werden. Die proletarische „Gerechtigkeit“ müsse eingeführt werden, wie sie in Rußland gehandhabt werde.

Bereits während der Rede des Kommunisten Schöler war es zu Zusammenstößen mit den Nationalsozialisten gekommen. Diese steigerten sich, als der Nationalsozialist Dr. Roth zu Worte kam, der den allgemeinen Amnestieantrag seiner Fraktion beänderte. Als der Redner, der infolge des kommunisti-

Handl...  
wollen...  
anhalten...  
welcher...  
den Teil...  
gemacht...  
Zugfö...  
der zur...  
wichtige...  
ersten...  
geben...  
den, wenn...  
des...  
Dürft...  
an den...  
nicht...  
würden...  
Geor...  
ob er...  
der näch...  
ndern im...  
in Bonn...  
onald hat...  
auf dem...  
ur ober...  
endgültig...  
be auf...  
eine en...  
ung des...  
te vor...  
es „Ebe...  
nis mit...  
England...  
he Wert...  
aben, in...  
ich sagen...  
uf fester...  
ufrieden...  
Frankreich...  
ung...  
ng über...  
ung eine...  
gegen...  
dies die...  
sei und...  
Sahren...  
e...  
ni...  
t...  
ue...  
zert...  
Ball...  
male statt...  
eigen...  
ig im...  
blatt...  
fter und...  
er Obli...  
erlaufen...  
angablung...  
in Ber...  
Str. 45...  
en...  
2301...  
su...  
einfache...  
bl. 47...